

# **Gemeinsame Erklärung und Aufforderung der Mitglieder der Deputationen verschiedener Fachbehörden**

**an die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft und die Vorsitzende des Verfassungs- und Bezirksausschusses, Frau Carola Veit**

**„Keine Abschaffung der Mitwirkung durch die Deputationen und keine Abschaffung des Ehrenamts - Erhalt eines demokratischen Verfassungsrechts“**

**Bezugnahme: Bürgerschafts-Drs. 22/505 und Drs. 22/637**

**Im Einzelnen:**

1. Verfassungsrechtliche über Jahrhunderte entstandene Errungenschaften sollen nicht ohne besonderen Grund gestrichen werden. Der bestehende Art. 56 HV muss daher nicht in seinen Grundfesten geändert, sondern sinnvoll um Transparenz- und Mitwirkungsrechte ergänzt werden:
  - a. Die in Art. 56 Satz 1 HV verfassungsrechtlich garantierte **Mitwirkung des Volkes** an der Verwaltung darf nicht abgeschafft oder aufgeweicht werden.
  - b. Die in Art. 56 Satz 2 HV verfassungsrechtlich garantierte **ehrenamtliche Mitwirkung** darf nicht abgeschafft oder aufgeweicht werden.
  - c. Höhere Transparenz der Verwaltung soll durch die **ergänzende Aufnahme einer verfassungsrechtlichen Transparenzregel** in Art. 56 HV und durch Einführung eines einfachen und leistungsfähigen Transparenzportals sichergestellt werden.
2. Die Mitglieder der Deputationen üben darüber hinaus eine wichtige **direkte Kontrollfunktion** in den jeweiligen Fachbehörden aus.
  - a. Transparente Entscheidung in **Personalfragen** - neben den bürgerlichen Deputierten nimmt auch ein Mitglied des **Personalrats** der jeweiligen Fachbehörde an den Deputations-Sitzungen teil.
  - b. Frühzeitige und fachkritische Mitwirkung und Beratung der Fachbehörden, insbesondere hinsichtlich der Aufstellung und Durchführung des **Haushaltsplanes**.
3. Die Deputierten sind **Fachleute, unabhängig und nicht weisungsgebunden**.
4. Die Mitglieder der Deputationen beschäftigen sich **dauerhaft und langfristig** auch mit übergeordneten Themen aus Politik und Verwaltung und **unterstützen** daher die **Entscheidungsprozesse** der Verwaltung und in **Gesetzgebungsverfahren** bereits im Vorfeld.
5. Mehr **Transparenz ersetzt nicht Mitwirkung**. Die Mitwirkung durch die Deputationen kann problemlos ohne Mitwirkungsverluste transparenter werden, wenn man **mehr Öffentlichkeit** herstellt, wie die Deputationen in Bremen zeigen.
6. Die **direkte bürgerliche Mitwirkung** in verschiedenen Gremien darf **nicht reduziert** werden. Hierzu gehören insbesondere die mitwirkenden Sitze der Mitglieder der Deputationen, z.B. in der Kommission für Bodenordnung, beim Jagdbeirat und in den Anstaltsbeiräten der JVA's.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung appellieren an die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft, die in Art. 56 der Hamburgischen Verfassung niedergelegten Verfassungsrechte nicht abzuschaffen und die Deputation im Sinne einer breiteren Öffentlichkeit zu reformieren.

Hamburg, 17.08.2020

	Name	Vorname	Deputation
1.	Martens	Brigitta	Kulturbehörde
2.	Roock	Hans-Detlef	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
3.	Könecke	Christian	Sozialbehörde
4.	Spiegelberger	Rene	Wirtschaftsbehörde
5.	Stonus	Andreas	Kulturbehörde
6.	Kloust	Hauke	Wissenschaftsbehörde
7.	Timmermann	Arne	Justizbehörde
8.	Ehlers	Karl-Heinz	Kulturbehörde
9.	Dr. Hintze	Hanno	Umweltbehörde
10.	Welling	Benjamin	Innenbehörde
11.	Dreyer	Dieter	Finanzbehörde
12.	Reese	Rüdiger	Gesundheitsbehörde
13.	Schütt	Ernst Christian	Kulturbehörde
14.	Kothanikkel	Sabastian	Innenbehörde
15.	Riekers	Johann-Heinrich	Finanzbehörde
16.	Weßling	Anna E.	Gesundheitsbehörde
17.	Schade	Renate	Kulturbehörde
18.	Hochheim	Natalie	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
19.	Kühne	Viviane	Justizbehörde
20.	Dr. Fromm	Michael	Justizbehörde
21.	Wagner	Hans-Joachim	Schulbehörde
22.	Freistedt	Marino	Schulbehörde
23.	Keil	Siri	Kulturbehörde
24.	Thiel	Oliver	Finanzbehörde
25.	Herbers	Rudolf	Kulturbehörde
26.	Meyer	Jörg	Umweltbehörde
27.	Klooß	Rolf-Dieter	Wissenschaftsbehörde
28.	Twesten	Gerhard	Justizbehörde
29.	Buss	Wilfried	Kulturbehörde
30.	Dr. Lüthje	Jürgen	Wissenschaftsbehörde
31.	Dr. Sellenschlo	Petra	Gesundheitsbehörde
32.	Herkenrath	Martin	Umweltbehörde
33.	Meyer	Marc	Innenbehörde
34.	Feige	Henning	Schulbehörde
35.	Schoon	Heike	Umweltbehörde
36.	Feddersen	Hinrich	Wirtschaftsbehörde
37.	Heim	Peter	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
38.	Müller-Goldenstedt	Andreas	Sozialbehörde
39.	Günther	Carola	Wissenschaftsbehörde
40.	von Hardenberg	Kirsten	Kulturbehörde
41.	Dr. Kramer	Sabine	Justizbehörde
42.	Christensen	Boyke	Wirtschaftsbehörde

**Obigen Aufruf haben nach dem 20. August 2020 außerdem unterzeichnet:**

- 43. Uwe Koßel, Deputierter Innenbehörde
- 44. Henning Sämisch, Deputierter Innenbehörde
- 45. Christine Faltynek-Haschke, Deputierte Wissenschaftsbehörde
- 46. Meike Jensen, Deputierte Wissenschaftsbehörde
- 47. Sabine Steppat, Deputierte Behörde Stadtentwicklung und Wohnen
- 48. Dr. Petra Löning, Deputierte Schulbehörde

**Ein weiterer Aufruf wird zusätzlich von folgenden Personen unterstützt:**

Bernd Capeletti, Deputierter BWI und BVM  
 Gerald Neubauer, Deputierter BWI und BVM  
 Christoph Günther, Deputierter BSW  
 Lothar Hänsch, Deputierter BSW  
 Anna Pogorelets, Deputierte Behörde für Gesundheit  
 Dr. Rainer Volkmann, Deputierter Finanzbehörde

Klaus Wicher, SoVD Hamburg  
 Simon Dhemija, Jugendhilfeausschuss Harburg  
 Thomas Iwan, Jugendhilfeausschuss Wandsbek  
 Heinz Bründel, Jugendhilfeausschuss Altona  
 Angelika Traversin, Bezirksversammlung Hamburg-Nord  
 Prof. Dr. Timm Kunstreich, Lieselotte-Pongratz-Stiftung  
 Matthias Stein, ASD Eimsbüttel

**Weitere Stimmen gegen die Abschaffung der Deputationen:**

Katja Karger, **DGB Hamburg**, hat sich öffentlich dagegen geäußert.  
 Der **SoVD Hamburg** hat ein eigenes Statement gegen die Abschaffung abgegeben.  
 Der **SOAL** / Alternativer Wohlfahrtsverband richtet sich ebenfalls gegen die Abschaffung.  
 Die **Lehrerkammer Hamburg**, unterstützt von der **Elternkammer Hamburg**, hat ebenfalls ein ablehnendes Statement hinsichtlich der Abschaffung der Deputationen abgegeben.  
 Der **Jugendhilfeausschuss Eimsbüttel** unterstützt den Aufruf von Deputierten gegen die Abschaffung der Deputationen.  
 Die Hamburger Gruppe von **Transparency International** kritisiert die Abschaffung der Deputationen.  
 Der **Verband der Familienunternehmer** richtet sich ebenfalls gegen die Abschaffung der Deputationen.